

# Hand in Hand zum Frieden

TRIBÜNE-Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

**TRIBÜNE:** »Israels Sicherheit ist Staatsräson.« Mit dieser Aussage haben Sie auch über 60 Jahre nach Ende des Holocausts noch immer existierende Zurückhaltung bei Juden und Israelis gegen Deutschland ein Ende gesetzt und ein bis dahin oft nur im stillen Kämmerlein gehegtes Interesse für unser Land und seine Kultur wiederbelebt.

**MERKEL:** Die derzeitige Bundesregierung und schon die vorherige Große Koalition haben darüber hinaus in der Regierungsarbeit ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufgeschlagen. Denn seit 2008 finden jedes Jahr deutsch-israelische Regierungskonsultationen statt, bei denen wir sehr intensiv über die ganze Breite unserer Beziehungen sprechen. Das reicht von der Umweltpolitik über Wirtschafts- und Finanzpolitik bis zur Sozialpolitik. So kommen wir auf all diesen Feldern zu einer sehr konkreten Zusammenarbeit. Wir haben zum Beispiel begonnen, mit Israel gemeinsam in Drittländern wie etwa Äthiopiens Entwicklungshilfe zu leisten. Im Fall Äthiopiens geht es um die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen, auf diesem Gebiet hat Israel ja herausragende Erfahrung und Technologie zu bieten. Solche gemeinsamen Projekte machen unsere Zusammenarbeit sehr lebendig, über sie lernen wir uns noch besser kennen und tauschen uns über zahlreiche Fragen und Probleme aus.

**TRIBÜNE:** Ihre Botschaft hat aber nicht nur Zustimmung gefunden. Israels potentielle Gegner, die iranischen Machthaber, radikale Palästinenser, eine unheilige Allianz von Rechts- und Linksradikalen sowie Islamisten legten Ihre Selbstverpflichtung Deutschlands als eine Art »Kriegserklärung« gegen eine Lösung des Nahost-Konflikts aus.

**MERKEL:** Meine Botschaft ist eindeutig: Die Sicherheit Israels ist Staatsräson für Deutschland. Deshalb sind alle, die Israels Sicherheit und Existenz in Frage stellen, unsere gemeinsamen politischen Gegner, wie zum Beispiel der Iran, der Israel und die freie Welt mit seinem Nuklearprogramm bedroht. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass der Nahostfriedensprozess endlich wieder in Gang kommen muss, um zu einer Zweistaatenlösung zu führen, also einem jüdischen Staat Israel und einem Staat für die Palästinenser. Wir unterstützen damit auch diejenigen Palästinenser, die ebenfalls die Zweistaatenlösung und ein friedliches Zusammenleben mit Israel wollen, und wir lehnen Gespräche mit denen ab,



die extremistische Ansichten und den Weg der Gewalt verfolgen wie zum Beispiel die Hamas.

**TRIBÜNE:** Haben Sie mit den negativen Reaktionen gerechnet, als Sie Israels Sicherheit zur Staatsräson erklärten?

**MERKEL:** Ich habe viel Zustimmung erfahren, aber wer klare Worte spricht, muss manchmal auch mit klaren Er widerungen rechnen. Doch ich weiß, dass viele meinen Kurs unterstützen.

**TRIBÜNE:** Wenn wir auch nur oberflächlich das öffentliche Echo, das Image Israels betrachten, müssen wir leider feststellen, dass die Freunde des jüdischen Staates immer weniger werden. Die Evangelische Akademie in Bad Boll lud letztes Jahr einen Repräsentanten der Hamas ein und bot damit dem Vertreter einer international als Terrororganisation eingestuft Gruppe eine Bühne. Im diesjährigen Workshop thematisierte die Akademie sogar Boykottmaßnahmen gegen den israelischen Staat.

**MERKEL:** Die Hamas hat keine Bühne erhalten, weil die Bundesregierung dem damals Eingeladenen kein Visum erteilt hat. Unabhängig davon wünschen sich viele Menschen, dass der Nahostfriedensprozess endlich wieder vorankommt. Dazu sollten sich beide Seiten, Palästinenser und Israelis, bereit erklären. Einseitige Maßnahmen helfen nicht weiter. Ich habe dies auch Premierminister Netanjahu in Bezug auf den Siedlungsbau in Israel gesagt.

**TRIBÜNE:** Aber in Camp David im Jahr 2000 haben die Israelis angeboten, alle Siedlungen aufzulösen, sich aus 98 Prozent der besetzten Gebiete zurückzuziehen und Jerusalem zur Hauptstadt beider Länder zu machen. Alle diese Zugeständnisse brachten keinen Frieden. Warum glauben Sie, dass ein Ende der Siedlungspolitik jetzt zielführend wäre?

**MERKEL:** Auch und gerade nach Misserfolgen gibt uns die Geschichte die Aufgabe, es immer wieder zu versuchen. An den damaligen Konzessionen sieht man, wie weit Israel zu gehen bereit war. Ich bin davon überzeugt, dass beide Seiten aufeinander zugehen müssen und dass in dem Sinne ein Stopp des Siedlungsbaus heute eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme wäre.

**TRIBÜNE:** Obwohl die israelische Bevölkerung täglich unter dem Raketenbeschuss der radikalen Hamas leidet, werden Palästinenser in Europa häufig als bloße Opfer wahrgenommen. An der ersten vorgeblichen »Gaza-Friedensflottille« beteiligten sich unter großem Medieninteresse sogar deutsche Bundestagsabgeordnete.

**MERKEL:** Ich arbeite für einen Prozess, an dessen Ende zwei Staaten friedlich und sicher existieren können, Israel und Palästina. Darüber hinaus müssen aber auch wir immer wieder daran erinnern, dass die Hamas Israel nicht anerkennt, dass aus dem Gazastreifen immer wieder Gewalt gegen Israel angewendet wird, dass es legitimes Recht und selbstverständlich auch die Pflicht des israelischen Staates ist, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Gleichzeitig muss die israelische Regierung auch dafür Sorge tragen, die Versorgung und Lebensfähigkeit der Bevölkerung des Gaza-Streifens zu gewährleisten.

**TRIBÜNE:** Nachdem die amerikanische Regierung keine neuen Initiativen zur Lösung des Nahost-Konflikts präsentiert hat, sehen viele die EU in der Rolle des Spielmachers. Manche warnen jedoch vor dem Risiko eines Auseinanderbrechens der Europäischen Union, wenn keine einheitliche Linie gefunden werden kann.

**MERKEL:** Die Europäische Union versucht, mit ihren Kräften den Friedensprozess zu fördern. Erfolgreich können wir dabei jedoch nur Hand in Hand mit Amerika sein. Und der wirkliche Friedenswille und der Mut, die notwendigen Schritte zu gehen, der muss natürlich von Israelis und Palästinensern selbst ausgehen.

**TRIBÜNE:** Nach einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist Antisemitismus in ganz Europa wieder auf dem Vormarsch. Der Einschätzung, dass Juden im Land zu viel Einfluss haben, stimmten in Ungarn 69,2 Prozent zu, gefolgt von Polen mit 49,8 Prozent Zustimmung. Aber auch Mitteleuropa kann sich nicht beruhigt zurücklehnen: In Frankreich sind es noch 27,7 Prozent Zustimmung, in Italien 21,2 Prozent, in Großbritannien 13,9, in Deutschland 19,7 Prozent.

**MERKEL:** Der Antisemitismus kann leider immer wieder neu Fuß fassen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir entschieden gegen den Antisemitismus vorgehen, gegen Hass auf Religion oder Herkunft, egal, in welchem Gewand dieser Hass daherkommt. In Deutschland, davon bin ich überzeugt, haben wir allerdings eine sehr breite Koalition derer, die diesem Übel entschieden entgegenreten.

**TRIBÜNE:** Ist es nicht paradox, dass sich muslimische Migranten über Vorurteile beklagen, die man hier in Deutschland vorfindet, aber selbst antisemitische Hetze betreiben?

**MERKEL:** Es ist richtig, dass der Antisemitismus zum Teil bittere Realität ist, denn immer noch müssen wir jüdische Einrichtungen durch die Polizei bewachen lassen. Wenn Migranten selbst fremdenfeindliche oder antisemitische Parolen skandieren, wird gegen sie natürlich genauso hart vorgegangen wie gegen jeden anderen hier in unserem Land.

**TRIBÜNE:** Schon heute können wir 2011 als ein innen- wie außenpolitisch turbulentes Jahr betrachten. Dazu gehört auch die Entwicklung in Osteuropa: Die neugewählte ungarische Regierung erwürgte die nach der Wende mit großer Euphorie geschaffenen Freiheiten auf allen Ebenen. Trotz unüberhörbarer Proteste von Parlamentariern in Straßburg und Berlin bequerten sich weder die EU noch die deutsche Regierung dazu, Ministerpräsident Viktor Orbán zur Wahrung der Demokratie zu mahnen.

**MERKEL:** Ich weise in meinen Gesprächen mit Ministerpräsident Orbán sehr wohl darauf hin, dass freiheitliche Grundwerte unabdingbar sind. Die Europäische Union hat Ungarns Mediengesetz ja auch einer Überprüfung unterzogen und Korrekturen angemahnt. Wir haben ein wachsames Auge darauf, wenn Freiheiten eingeschränkt werden – und manches, was in Ungarn geschieht, verfolgen wir mit Sorge.

**TRIBÜNE:** Hand aufs Herz: Die Konflikte mit Ihrem Koalitionspartner, der FDP, sind offensichtlich. So schwierig haben Sie sich die Zusammenarbeit wahrscheinlich nicht vorgestellt, als die Koalitionsvereinbarung ausgehandelt wurde.

**MERKEL:** Wir haben gemeinsam mit der FDP die Bundestagswahl gewonnen. Im Augenblick haben wir große Probleme zu bewältigen, wenn wir nur an die Schuldenkrise in Europa denken. Ich arbeite gerne mit der FDP zusammen – mit keiner anderen Partei hat die Union so große programmatische Übereinstimmungen. Deshalb will ich die Chancen, die in dieser Koalition liegen, nutzen und daraus für die Menschen in unserem Land gute Ergebnisse erzielen. Mit Blick auf unsere ersten zwei Jahre können wir selbstbewusst sagen, dass wir einiges für unser Land geschafft haben.

**TRIBÜNE:** Hat es Sie nicht irritiert, als Philipp Rösler, FDP-Vorsitzender, Wirtschaftsminister und als Vizekanzler Ihr Stellvertreter, sagte, er bestimme die Richtlinien der Außenpolitik?

**MERKEL:** Die Äußerung, die sie ansprechen, hat Philipp Rösler als Parteivorsitzender gemacht. Ansonsten gilt das Grundgesetz.

**TRIBÜNE:** Auch in Ihrer eigenen Partei sind nicht alle mit dem derzeitigen Regierungskurs einverstanden. Viele Kritiker vermissen darin die traditionellen Werte der CDU und beklagen, durch Ihre Politik käme es zu einer Liberalisierung der Partei.

**MERKEL:** Die CDU muss auf der Grundlage ihrer Werte in jeder Zeit die richtigen Antworten auf die jeweiligen politischen Herausforderungen finden. Dabei hilft und leitet uns unser christliches Menschenbild und unsere Überzeugung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Drei Wurzeln haben wir, die christlich-soziale, die liberale und die konservative Wurzel. Wir achten und schätzen sie alle gleich. Dass es über den aktuellen Kurs immer wieder Diskussionen gibt, das gab es auch zu anderen Zeiten. Das ist so alt wie die CDU selbst und muss in einer lebendigen Volkspartei auch so sein. Aus solchen Auseinandersetzungen kann etwas sehr Produktives entstehen, nämlich die Selbstvergewisserung über die eigenen Grundlagen. Wenn wir ehrlich und fair miteinander diskutieren, das ist meine Erfahrung, hat uns das immer weitergebracht.

**TRIBÜNE:** Defizite gibt es auch an der Kommunikation mit den Wählern. Es gibt kaum Bemühungen, die Bevölkerung rechtzeitig über politische Maßnahmen zu informieren. Viele Entscheidungen der Regierung fallen wie aus heiterem Himmel. Auch deshalb wird die CDU selbst nicht als Diskussionspartei wahrgenommen.

**MERKEL:** Wir sind sehr wohl eine Diskussionspartei, ich habe das im Herbst bei den Regionalkonferenzen mit vielen Tausend Parteimitgliedern wieder gemerkt. Unsere Entscheidungen bereiten wir gründlich vor, nehmen Sie als Beispiel die Aussetzung der Wehrpflicht. Die haben wir nach einem längeren Diskussionsprozess in der Fraktion und an der Basis am Ende auf dem Bundesparteitag der CDU beschlossen. Das ist die breitestmögliche Legitimation, die man in einer Partei überhaupt hat. Doch es gibt auch Ereignisse, die für uns, Politiker wie Bürger, unerwartet kommen und auf die wir reagieren müssen. Das Erdbeben in Japan und die Atomkatastrophe von Fukushima konnte niemand voraussehen. Was dort in einem hochtechnisierten Land passiert ist, hat meinen Blick auf die Kernenergie verändert. Auch auf die Turbulenzen um den Euro muss reagiert werden. Wir tun das anhand klarer Grundlinien, über die wir in der CDU uns immer beraten.

**TRIBÜNE:** Die Bewältigung der Euro-Krise hat nicht nur für Aufregung innerhalb der CDU/CSU/FDP-Koalition gesorgt. Auch die Opposition nutzt die Gelegenheit zu scharfen Angriffen. Kernpunkte der Auseinandersetzung sind die ständige Aufstockung des Rettungsschirms für Griechenland und dessen Ausweitung auf andere Wackelkandidaten der EU.

**MERKEL:** Union und FDP auf der einen Seite sowie Grüne und SPD auf der anderen Seite haben sehr unterschiedliche Konzepte, wie man mit einer solchen Krise umgeht. Wir sehen die Krise als eine Verschuldungskrise. Über Jahre und Jahrzehnte hinweg haben viele europäische Länder über ihre Verhältnisse gelebt. An dieser Wurzel müssen wir das Problem anpacken und lösen. Es wäre deshalb der falsche Weg, die Schulden zu vergemeinschaften, also Eurobonds aufzulegen, wie es die SPD immer wieder gefordert hat. Wir werden die Krise nur meistern können, wenn wir streng auf eine solide Haushaltsführung der Mitgliedsländer achten, und wenn wir Vorkehrungen gegen falsche Haushaltsführung, gegen ständiges Schuldenmachen, auch durchsetzen können. Ich setze mich zusammen mit Frankreichs Präsident Sarkozy dafür ein, eine Schuldenbremse, wie wir sie ins Grundgesetz geschrieben haben, auch in den Verfassungen anderer Mitgliedstaaten zu verankern. Es ermutigt mich sehr, dass einige Staaten sich zu dieser Selbstverpflichtung schon bekannt haben. Das andere Grundproblem, das diese Krise klar zu Tage treten lässt, ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in einigen Mitgliedsländern. Daran müssen diese Länder hart arbeiten.

**TRIBÜNE:** Wäre es nicht möglich, ein Gesetz zu verabschieden, das skrupellose Finanzspekulanten wenigstens zu bremsen vermag?

**MERKEL:** Solche Gesetze könnten wir im eigenen Land zwar verabschieden, aber dann weichen die, die es betrifft, einfach in andere Länder aus. Deshalb ist der G20-Prozess der zwanzig größten Industrienationen so wichtig, auch wenn ich hier sehr kritisch über die mangelnden Fortschritte sprechen muss. Die Regulierung der Finanzmärkte kommt weltweit nur sehr schleppend voran. Viele Regierungen wollen inzwischen überhaupt nichts mehr von solchen Maßnahmen wissen. Daher bleibt noch viel zu tun.

**TRIBÜNE:** Betrachtet man die Dekorationen in den Geschäften, befinden wir uns mitten in der Vorweihnachtszeit. Bald kommt Sankt Nikolaus und bringt die ersten Präsente. Was würden Sie sich von dem Herrn im roten Rock wünschen, für sich persönlich und für Ihre Politik?

**MERKEL:** Erst einmal wünsche ich nicht nur mir Gesundheit, sondern allen Leserinnen und Lesern der TRIBÜNE. Gleichzeitig wünsche ich mir, dass wir unser Leben weiter in Frieden und Freiheit führen können. Wir haben zu Beginn des Interviews über Israel gesprochen. Dort zeigt sich leider immer noch, dass Frieden und Sicherheit keineswegs jeden Tag für alle Menschen auf dieser Welt gegeben sind. Deshalb wünsche ich vor allen Dingen möglichst vielen Menschen, dass sie sicher und frei und in Frieden leben können.

**TRIBÜNE:** Frau Bundeskanzlerin, tausend Dank.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.